

von: Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politischen Bildung) |  
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de  
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

---

### Thomas Krüger: Hochschule als Streitraum

„So what?“ lautet die wohl kompakteste Sinn-Frage, die unterschiedlichste Kontexte prägnant auf den Prüfstand stellt und die auch Hochschulen und Studierende im akademischen Miteinander täglich neu beantworten müssen – inhaltlich und strukturell. Dieser auf zwei Worte reduzierte Ausdruck grundlegender Skepsis nimmt einen elementaren Prozess in den Blick, der nicht nur die Wissenschaft dynamisch hält, sondern die gesamte Gesellschaft antreiben sollte: Ein stetiges Hinterfragen des Status quo, die kritische Reflexion relevanter Thesen und das Ringen um optimale Lösungen.

Häufig wird die „So what?“-Frage auch von außen an Hochschulen herangetragen: Wozu das Ganze? Warum gerade diese Forschung? Worin liegt der Mehrwert für die Allgemeinheit? Wo ist der gesellschaftliche Resonanzboden für eure Thesen und Erkenntnisse? Hier ist nicht nur gute Wissenschaftskommunikation und bedingungslose Transparenz gefragt. Es geht auch darum, den Fokus von Universitäten als Orte von Wissensproduktion und -vermittlung verstärkt auf eine andere Dimension ihrer Funktion zu lenken: Räume zu schaffen, in denen Fragen, Meinungen und Thesen debattiert und verhandelt werden - Streiträume! Räume, in denen die Fähigkeit entwickelt wird, interdisziplinär zu denken und zu handeln, andere Perspektiven zu verstehen, auszuhalten und dabei die eigene zu wechseln, sowie vermeintlich Unumstößliches kritisch zu hinterfragen. Hier liegt eine demokratische Verantwortung von Hochschulen – gerade jetzt!

Wir erleben derzeit einen öffentlichen Diskurs und eine Kommunikation, die hochgradig affektgetrieben sind, und die vor allem im Zuge des digitalen Wandels an Fahrt gewonnen haben. Phänomene wie hate speech und shitstorms setzen die traditionellen Regeln der Kommunikation und den traditionellen wissenschaftlichen Bias‘ für einen rationalen Diskurs außer Kraft.

Andreas Reckwitz beschreibt es folgendermaßen: „Die industrielle Moderne mit ihrer Logik des Allgemeinen und ihrem Zug zur Rationalisierung brachte eine systematische Affektreduktion mit sich. Wenn jedoch Menschen, Dinge, Ereignisse, Orte oder Kollektive singularisiert und kulturalisiert werden, dann wirken sie anziehend (oder auch abstoßend). Ja, nur wenn sie affizieren, gelten sie als singulär. Die Gesellschaft der Spätmoderne ist in einer Weise eine Affektgesellschaft, wie es die klassische Moderne niemals hätte sein können. Ihre Bestandteile wirken hochgradig affizierend – und die Subjekte lechzen danach, affiziert zu werden und andere affizieren zu können, um selbst als attraktiv und authentisch zu gelten. Kurzum: Während die Logik des Allgemeinen mit gesellschaftlicher Rationalisierung und Versachlichung zusammenhängt, ist die Logik des Singulären mit Prozessen gesellschaftlicher Kulturalisierung und Affektintensivierung verknüpft.“[\[1\]](#)

In einer Gesellschaft der segmentierten Gruppen, die scheinbar mehr darauf fokussiert ist, sich gegenseitig Vorhaltungen zu machen statt wirklich Debatten um die jeweilige Sache zu führen, brauchen wir wieder vermehrt Räume für Streit. Streit, der im Sinne Chantal Mouffes[\[2\]](#) im agonistischen Rahmen stattfindet, also auf Basis einer Vereinbarung demokratischer Regeln. Sofern keine Linien überschritten werden, gilt es Sensibilität für die Berechtigung anderer Positionen und Erfahrungen zu schaffen. Widersprüche und Differenzen müssen ausgehalten und akzeptiert werden.

Hochschulen können genau diese Räume schaffen – sie sind der Ort, an dem nicht nur eigene Meinungen

von: Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politischen Bildung) |  
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de  
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

---

entstehen, sondern sie auch reflektiert, in Relation zu anderen Meinungen gesetzt und wieder geändert werden (können). Hochschulen sind Orte der Vielfalt und der Einheit.

Partizipativ gestaltete Streiträume sind Orte, an denen Demokratie und Teilhabe gelebt werden. Eine Universität sollte Demokratie und Debattenkultur für junge Menschen erfahrbar machen – sie also nicht nur auf ihrem akademischen Weg fordern und begleiten, sondern auch ihr demokratisches Bewusstsein stärken. Die Ausprägung eines solchen Bewusstseins braucht Freiraum, auch innerhalb der Curricula. Struktur und Freiheit müssen hier miteinander verbunden sein, sodass Studierende Inhalte mitbestimmen und eigene Forschungserfahrungen machen können. Vor allem aber sollten junge Menschen den Raum und die Zeit bekommen, um politisches Engagement in Hochschule und Gesellschaft zu entfalten und auch abseits von ERASMUS-Programmen individuelle Reise- und Auslandserfahrungen in unterschiedlichen Kontexten sammeln zu können. Ein Studium ist weitaus mehr als zielgerichtetes Vorbereiten auf Beruf und Praxis – es sollte zugleich Handlungskompetenzen in Bezug auf politische und gesellschaftliche Prozesse vermitteln und dabei die Entwicklung einer aus Lernerfahrungen und demokratischen Werten gespeisten Haltung bei Studierenden begleiten. Dies ist im Zuge des Bologna-Prozesses und der zunehmenden Verschulung von Studiengängen mit eng getakteten Zeitfenstern kaum adäquat zu gewährleisten. Manche sprechen gar von einer (beabsichtigten) Entpolitisierung der Studierenden.[\[3\]](#)

Öffentliche Hochschulen werden nicht nur mit der Forderung konfrontiert, Inhalte ihrer Forschung transparent und verständlich zu kommunizieren, sondern auch in einen Austausch mit der Gesellschaft über ihre Themen und Ansätze zu treten. Wissenschaft beschäftigt sich mit wichtigen, lebensnahen Fragen unserer Zeit, auch wenn sie sich bisweilen hinter sperrigen klingenden Projektiteln verstecken. Die Bandbreite der akademischen Disziplinen ist letztlich ein Spiegel der vielfältigen Facetten des gesellschaftlichen Zusammenlebens, und so berührt Forschung uns alle auf die eine oder andere Weise. Wissenschaft findet im Idealfall in enger Rückkopplung mit gesellschaftlichen Verhältnissen statt.

In einer global verflochtenen und digitalisierten Welt, in der sich existenzielle Fragen zur Zukunft des Planeten, aber auch zu gesellschaftlichem Zusammenhalt stellen, kann Wissenschaft zum einen Fakten und belastbare Prognosen liefern und zum anderen Aushandlungs- und Bewältigungsstrategien für Politik und Gesellschaft aufzeigen. An dieser Stelle ist das Abbilden interdisziplinären Denkens und eines von Multiperspektivität geprägten Ansatzes besonders wichtig, um fruchtbare Impulse für gesellschaftliche Diskurse zu geben, da öffentliche Debatten – nicht zwangsläufig immer, aber in bestimmten Themenkontexten zuverlässig – polemisch und mit spalterischer Rhetorik geführt werden. Komplexe Herangehensweisen können dem alltäglichen „Schwarz-Weiß“ viel „Grau“ an die Seite stellen. Es ist in diesem Zusammenhang unabdingbar, dass die Relevanz von Wissenschaft sowie die Legitimität ihrer Methoden nicht nur in die Politik, sondern auch in die Forschung, in solchen Debattenräumen transportiert werden. Eine Wissenschaft, die nicht kontrovers ist, verfehlt ihren Auftrag; gleichzeitig gilt es, populistischen Verkürzungen komplexer Erkenntnisse entgegen zu treten.

Unausweichlich stellen sich dabei auch Fragen nach der Unabhängigkeit und Gestaltungsfreiheit von Wissenschaft: Was bedeutet die sinkende Grundfinanzierung von Universitäten und die Notwendigkeit der Generierung von Drittmitteln für die Freiheit und Unabhängigkeit in Forschung und Lehre? An welcher Stelle wirken diese aus der Balance geratenen Verhältnisse möglicherweise strukturverändernd

von: Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politischen Bildung) |  
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de  
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

---

auf Hochschulen? Was sind die Konsequenzen von privatwirtschaftlich gesponserten Lehrstühlen und Forschungsprojekten? Wer redet mit, wenn es darum geht, welche Inhalte Gegenstand eines Forschungs- und Lehrbetriebs werden? Was bedeutet es, wenn in die akademische Freiheit eingegriffen wird?

In jüngster Zeit lässt sich beobachten, wie seitens autoritärer Bewegungen emanzipatorische Studiengänge wie die Gender Studies angegriffen, in manchen europäischen Ländern sogar abgeschafft werden. So hat Ungarn die Gender Studies im vergangenen Jahr aus der Liste der zugelassenen Masterstudiengänge gestrichen. Unter dem Deckdiskurs der Verteidigung der konservativ-bürgerlichen Lebensweise gegen Gender, Feminismus und Politische Korrektheit werden „Politiken der Feindschaft“ (Sabine Hark) betrieben. Sie sind ein Angriff auf die Pluralität und die Demokratie. Gender Studies sind eine Keimzelle für mehr Gleichheit in der Gesellschaft, nicht nur zwischen Männern und Frauen.

Ohne die systematische Wissensproduktion an den Universitäten findet die Kritik an den herrschenden Verhältnissen kaum Verbreitung. Und ohne ihre Vielzahl an Wissenschaftsbereichen können die Hochschulen kein unabdingbarer Teil einer offenen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft sein. Denn sie sind auch eine Voraussetzung, um möglichst unterschiedliche Studierende anzuziehen. Heute sind die Studierenden glücklicherweise heterogener als je zuvor – niemals zuvor war ein Studium mehr Normalfall als die Ausnahme und nie waren die Erwartungen an ein Studium so vielfältig wie heute. Wenn die inhaltlichen und strukturellen Bedingungen an Hochschulen zukünftig vor allem Akademiker/-innen prägen, die auf Zeit studieren und abseits ihrer Teildisziplin kaum Gelegenheit bekommen, ein kritisches Reflexionsvermögen auszuprägen und Sachverhalte in komplexen Kontexten zu denken, dann zahlen wir als Gesellschaft dafür einen hohen Preis.

In einem Moment, da wir aufgefordert sind, Bewältigungsstrategien für enorme politische, soziale, wirtschaftliche und klimatische Umbrüche zu entwickeln, sind umfassende Handlungskompetenzen, demokratische Lösungsansätze und das Stellen kritischer „So what“-Fragen der gesellschaftlichen Akteure von morgen unabdingbar. Hochschulen sind hierbei ein wesentlicher Teil der demokratischen Öffentlichkeit.

[1] Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017, S. 17.

[2] Chantall Mouffe: Agonistik. Die Welt politisch denken, Bonn 2015.

[3] Prof. em. Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler, im Interview mit der Rhein-Neckar-Zeitung: *Unpolitische Studenten: „Entpolitisierung ist beabsichtigter Effekt der Hochschulpolitik“* (31.10.2014). Abrufbar unter:

[https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg/campus\\_artikel.-Campus-Unpolitische-Studenten-Entpolitisierung-ist-beabsichtigter-Effekt-der-Hochschulpolitik-arid,1257.html](https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg/campus_artikel.-Campus-Unpolitische-Studenten-Entpolitisierung-ist-beabsichtigter-Effekt-der-Hochschulpolitik-arid,1257.html)